

### Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

#### Wie sind die Auswirkungen von „Geo-Engineering“ in Niedersachsen?

Anfrage des Abgeordneten Martin Bäumer (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 12.05.2016

In einer Broschüre aus dem April 2011 beschäftigt sich das Umweltbundesamt unter dem Titel „Geo-Engineering - wirksamer Klimaschutz oder Größenwahn“ auf 48 Seiten u. a. mit der Rolle des Geo-Engineering und den Rechtsfragen. Das Umweltbundesamt schreibt u. a.: „Einige Staaten wie die USA erwägen klimaschutzbezogene Geo-Engineering-Maßnahmen schon jetzt ernsthaft“, und gibt auf Seite 48 folgende Empfehlung: „In jedem Fall ist durch die neuen Regelungen sicherzustellen, dass vor der Durchführung entsprechender Geo-Engineering-Maßnahmen die möglicherweise betroffenen Staaten informiert und konsultiert werden. Unabgestimmte unilaterale Maßnahmen sollten durch die internationalen Vorgaben untersagt werden.“

In der Bundeswehrstudie „Future Topic Geo-Engineering“ aus dem Jahr 2012 heißt es zu Beginn: „Gegenwärtig aber unternimmt der Mensch Anstrengungen, nicht allein lokale Wetterphänomene, sondern das gesamte globale Klima gezielt zu beeinflussen“, und benennt auf Seite 5 „die künstliche Kühlung der Erde durch SRM = Solar-Strahlungs-Management als favorisierte Maßnahme der Befürworter“. Auf Seite 10 findet sich folgendes Zitat: „Ein radikalisierte und finanzstarker Akteur könnte sich als ‚Retter der Welt‘ verstehen und mit der Einbringung von Partikeln in die Stratosphäre einen massiven Solar- Strahlungs- Management-Einsatz durchführen, (...) dies könnte (...) eine globale und andauernde Maßnahme darstellen. Ein solcher privater Einsatz könnte durch Staaten nur schwer unterbunden werden“. Und unter Fazit: „Geo-Engineering ist primär ein strategisch bedeutsames außenpolitisches Gestaltungsfeld“ und „Besonders wichtig ist dabei die Beobachtung der Geoengineering-Politik der USA, China, Indien und Russland“.

Unter der Nummer 20090032214 gibt es ein US-Patent mit dem Titel „System und Methode der Kontrolle des Erdklimas und seines Schutzes gegen Erwärmung und von Klima-Katastrophen wie z. B. Wirbelstürmen verursacht durch Erwärmung“. Darin geht es um die Ausbringung von sonnenabschattenden Treibstoffen durch zivile Fluggesellschaften zur Reduzierung der Intensität der solaren Strahlung.

Die toxischen Mineralstoffwerte in der Haar-Mineral-Analyse eines Bürgers aus Niedersachsen lagen im Februar 2011 bei folgenden Stoffen alle im Normalbereich. Im Februar 2016 lag Barium beim 4,6-Fachen mit 1,68mg/kg, Cadmium beim 7,46-Fachen mit 0,097mg/kg, Antimon beim 19,4-Fachen mit 0,097mg/kg, (alle im hohen „roten Bereich“), Strontium beim 4,42-Fachen mit 1,87mg/kg im mittleren erhöhten Toleranzbereich, und Aluminium hatte sich nur leicht um das 1,32-Fache auf 1,82mg/kg erhöht. Im Nachgang zu der von mir im Herbst 2015 gestellten Anfrage sind mir von Bürgern aus Niedersachsen Messdaten aus dem niedersächsischen Wendland überlassen worden, die zeigen, dass die Konzentration von Aluminium im frei aufgefangenen Regenwasser 20-mal höher ist als im Trinkwasser, obwohl Aluminium in der Atmosphäre nicht vorkommt. In der Erdkruste kommt das Element nur in Form von Bauxit vor und wird aus diesem erst nach Aufbereitung gewonnen.

Unter der Regie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) wird das Forschungsflugzeug „HALO“ betrieben, das nach eigener Aussage Atmosphärenforschung und Erdbeobachtung betreibt. Auf der Internetseite des DLR heißt es: „Mit dem neuen Forschungsflugzeug ‚HALO‘ (High Altitude and Long Range Research Aircraft) beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen Atmosphärenforschung und Erdbeobachtung. „HALO“ basiert auf einem Ultra Long Range Business Jet G 550 der Firma Gulfstream. Die Kombination aus Reichweite, Flughöhe, Nutzlast und umfangreicher Instrumentierung macht das Flugzeug zu einer weltweit einzigartigen Forschungsplattform.“

Die oben aufgeführten Berichte und Informationen führen bei Teilen der niedersächsischen Bevölkerung zu Beunruhigung. Diese Bürger wenden sich an die Fraktion des Landtags, weil sie den Eindruck haben, sie würden von der Landesregierung unzureichend informiert. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt, nachdem die Landesregierung in der Antwort auf meine Anfrage vom 4. September 2015 in der Drucksache mit dem Titel „Gibt es ‚Chemtrails‘, und kann man die behaupteten Inhaltsstoffe in Niedersachsen nachweisen?“ nach ihren Erkenntnissen über die Messwerte von Aluminium, Barium und Strontium auf Werte in der Schweiz verwies und die Erhebung von Messwerten in Niedersachsen verneinte.

Unter Bezugnahme auf die Urteile des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 29.01.2016, Az. StGH 1, 2 und 3/15, Rn. 46, und vom 22.08.2012, Az. StGH 1/12, Rn. 54-56, weise ich darauf hin, dass ich ein hohes Interesse an einer vollständigen Beantwortung meiner Fragen habe, die das Wissen und den Kenntnis-/Informationsstand der Ministerien, der ihnen nachgeordneten Landesbehörden und, soweit die Einzelfrage dazu Anlass gibt, der Behörden der mittelbaren Staatsverwaltung aus Akten und nicht aktenförmigen Quellen vollständig wiedergibt.

1. Was bedeutet der Begriff „Geo-Engineering“?
2. Vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung im Rahmen der Antwort auf meine Anfrage geantwortet hatte: „Eigene Erkenntnisse der Konzentration an Aluminium, Barium und Strontium an den Messpunkten in Niedersachsen könnten nur durch zusätzliche Auswertungen gewonnen werden.“ frage ich: Warum werden diese Auswertungen nicht vorgenommen?
3. Liegen der Landesregierung Niedersachsen amtliche bzw. öffentliche und oder nicht öffentliche Informationen über die Zusammensetzung der luftverschmutzungsrelevanten Substanzen vor, die in der RM-Methode des „Geo-Engineerings“ Anwendung finden sollen?
4. Hält die Landesregierung es für ratsam, im Interesse der Gesunderhaltung der Bevölkerung, des Umweltschutzes, der Biodiversität sowie im Interesse der Lebensmittel und Nahrungsmittelproduktion in der Landwirtschaft (allesamt wetter- und schadstoffabhängig) zunächst die aktuellen Istwerte ermitteln zu lassen und langfristig bzw. fortlaufend zu untersuchen und auszuwerten, um deren Entwicklung zu beobachten vor dem Hintergrund der „Geo-Engineering“-Agenda, die bereits auf dem letzten Klimagipfel COP21 in Paris Ende November/Anfang Dezember 2015 in Paris stattgefunden hat?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Wenn ja, unterliegen diese Auswertungen einer Geheimhaltung, oder stehen sie der niedersächsischen Bevölkerung zur Verfügung?
7. Wo liegt der durchschnittliche Wert von Aluminium in Trinkwasser in Niedersachsen, und welche Werte sind der Landesregierung bekannt?
8. Ist der Aluminiumgehalt in Niedersachsen in frei aufgefangenem Regenwasser höher als der Wert im Trinkwasser?
9. Falls ja, wie erklärt sich dieser erhöhte Werte vor dem Hintergrund, dass Aluminium in der Atmosphäre nicht natürlich vorkommt?
10. Stehen den niedersächsischen Behörden gegenwärtig geeignete Meßinstrumente zur Verfügung, die in der Lage sind, Nanopartikel in den vorgeschlagenen Größenordnungen 2 bis 10 Nanometer zu erkennen und zu identifizieren?
11. Welche Kosten würde die Erhebung der Werte für Aluminium, Barium und Strontium in der Luft, im Regenwasser und im Boden verursachen?
12. Wo werden die vom Forschungsflugzeug „HALO“ gemessenen Daten ausgewertet, und wer hat Zugang zu diesen?
13. Hat die Landesregierung Zugang zu den vom Forschungsflugzeug „HALO“ gemessenen Werten?
14. Was beinhalten das US-Patent 20090032214 und das US-Patent 5003186 (Chang, 1991), welche in der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung beauftragten Studie „Geziel-

te Eingriffe in das Klima? Eine Bestandsaufnahme der Debatte zu Climate Engineering“ des Kiel Earth Institute Erwähnung finden?

15. Sind niedersächsische Unternehmen nach Kenntnis der Landesregierung aktuell an Forschungsprojekten zum „Geo-Engineering“ beteiligt?
16. Welche Position nehmen die anderen Bundesländer Deutschlands und der Nachbarstaaten bzw. andere Industrie- und Schwellenländer nach Wissen der Landesregierung zu Geo-/Climate-Engineering ein?
17. Hat sich die Landesregierung mit den anderen Bundesländern auf eine gemeinsame Haltung zu „Geo-Engineering“ geeinigt, und falls nein, strebt die Landesregierung eine solche Einigung mit den übrigen Bundesländern an?
18. Hat sich die Landesregierung bereits an Debatten zu „Geo-Engineering“ beteiligt?
19. Falls ja, in welchen, und welche Position hat sie eingenommen (bitte Aufschlüsselung nach nationaler bzw. internationaler Organisation, Anlass und verantwortlichem Landesministerium)?